



Sehr geehrte Damen und Herren,

rund 60 Punkte standen heute auf der Tagesordnung der letzten Sitzung des Bundesrates in diesem Jahr, darunter die Einstufung Georgiens und der Republik Moldau als sichere Herkunftsstaaten sowie die Entscheidung der EU, Beitrittsverhandlungen mit der Ukraine und der Republik Moldau aufzunehmen.

Während bei diesen Vorlagen eine große Einmütigkeit bestand, waren die Gesetzesvorlagen des Bundes zur Videokonferenztechnik in Zivil- und der Fachgerichtsbarkeit sowie zur Dokumentation im Strafverfahren streitig. Zu beiden Vorlagen rief der Bundesrat den Vermittlungsausschuss an. Neben weiteren Tagesordnungspunkten, etwa zur kommunalen Wärmeplanung, zur Entfernung von Extremisten und Verfassungsfeinden aus dem öffentlichen Dienst sowie zur Sonderzahlung für Betreuerinnen und Betreuer, standen auch zahlreiche Länderinitiativen auf der Tagesordnung. So befasste sich der Bundesrat mit der Strafbarkeit der Sympathiewerbung für Terrororganisationen, mit der Verbesserung der Organspendesituation sowie mit der Fachkräftegewinnung.

Sehr geehrte Damen und Herren,

die letzte Sitzung des Bundesrates in diesem Jahr war für mich voraussichtlich auch die letzte Sitzung als Hessische Ministerin für Bundes- und Europaangelegenheiten. Ich möchte mich auf diesem Weg für Ihr Interesse an den – nicht immer einfachen – Bundesratsthemen bedanken und wünsche Ihnen schon jetzt frohe Weihnachten, besinnliche Tage mit Ihrer Familie und einen guten Start ins neue Jahr.

Ihre
Lucia Puttrich

Hessische Ministerin für Bundes- und Europaangelegenheiten und
Bevollmächtigte des Landes Hessen beim Bund

BUNDESRAT - Plenarsitzung am 15. Dezember 2023



© Bundesrat | Sascha Radke

EU-Vorlage

Aufnahme von Beitrittsverhandlungen der Europäischen Union mit der Ukraine, der Republik Moldau sowie Bosnien und Herzegowina

Die Länder haben heute die Empfehlung der Europäischen Kommission, Beitrittsverhandlungen mit der Ukraine und Moldau aufzunehmen, beraten. Sofern Bosnien und Herzegowina die erforderlichen Beitrittskriterien hinreichend erfüllen, dürfen die Beitrittsverhandlungen beginnen. Der Bundesrat äußerte sich in einer Stellungnahme. Darin sprechen sich die Länder unter anderem für eine Beschleunigung der Beitrittsverfahren für die Westbalkanstaaten aus.

Dazu sprach Staatsministerin Lucia Puttrich im Bundesratsplenum. Sie betonte, dass es sich bei der Aufnahme von Beitrittsverhandlungen mit der Ukraine und mit der Republik Moldau um einen „historischen Moment für die EU handelt“. Es sei auch ein Beitritt zur einer Wertefamilie – zu einer Familie, die Sicherheit, Wohlstand und Frieden verspreche.

Es war vermutlich ihre letzte Rede als Mitglied des Bundesrates. Im Kreise der anwesenden Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten wurde sie verabschiedet. Die amtierende Bundesratspräsidentin bedankte sich für ihren Einsatz, insbesondere ihren ruhigen und sachlichen Stil eine Sitzung zu leiten. In mehr als sechzig Bundesratssitzungen übernahm Staatsministerin Lucia Puttrich zeitweise die Sitzungsleitung.

>>> [zum Video](#)



© Henning Schacht



© Bundesrat | Sascha Radke

Gesetzesbeschluss des Deutschen Bundestags

Gesetz zur Förderung des Einsatzes von Videokonferenztechnik in der Zivilgerichtsbarkeit und den Fachgerichtsbarkeiten

Der Bundesrat hat heute die Anrufung des Vermittlungsausschusses beschlossen. Aus der Sicht der Länder ist eine umfassende Überarbeitung des Gesetzes erforderlich. Zwar werde die weitere Digitalisierung der Justiz grundsätzlich begrüßt, dennoch begegnet das Gesetz grundlegenden fachlichen Bedenken. Insbesondere muss die Entscheidung über die Durchführung einer Videoverhandlung in der Entscheidungsbefugnis des Gerichts stehen, dem auch ansonsten die Befugnis zur Führung des Prozesses zukommt. Abgelehnt wird auch die Möglichkeit von vollvirtuellen Verhandlungen, bei denen auch der Richter per Video zugeschaltet ist. Die Länder fordern, am Grundsatz der Saalöffentlichkeit festzuhalten. Daneben wird das schnelle Inkrafttreten ohne Übergangszeit kritisiert. Um flächendeckend digitale

Verhandlungen durchführen zu können, bedarf es aber eines weiteren Übergangszeitraums. Der Hessische Justizminister Prof. Dr. Roman Poseck hielt dazu im Plenum eine Rede.

>>> [zum Video](#)



© Bundesrat | Sascha Radke

Gesetzesbeschluss des Deutschen Bundestags

Gesetz zur digitalen Dokumentation der strafgerichtlichen Hauptverhandlung und zur Änderung weiterer Vorschriften (Hauptverhandlungsdokumentationsgesetz - DokHVG)

Auch zum Gesetz zur digitalen Dokumentation von Strafprozessen hat der Bundesrat den Vermittlungsausschuss angerufen. Das Gesetz begegnet erheblichen, grundlegenden und tiefgreifenden fachlichen Bedenken. Die Länder äußerten Bedenken, dass das Gesetz die Wahrheitsfindung gefährdet, den Opferschutz beeinträchtigt sowie zu Verzögerungen im Strafverfahren führt. Ferner löst das Gesetz bei den Ländern einen erheblichen personellen, technischen, organisatorischen und finanziellen Aufwand aus. Außerdem habe sich die bisher praktizierte Dokumentation bewährt. In seinem Anrufungsbeschluss bemängelt der Bundesrat, dass ein nachvollziehbarer Bedarf und eine fachliche Notwendigkeit für eine digitale Dokumentation weder erkennbar sind noch im Gesetz dargelegt werden.

>>> [mehr unter Bundesrat.de](#)



© Bundesrat | Sascha Radke

Verordnung

Verordnung zur Änderung der Luftsicherheitsgebührenverordnung

Die Länder haben der Verordnung unter der Maßgabe, dass die vorgesehene Anhebung des Gebührenrahmens erst später stattfindet, zugestimmt. Denn das Wiederanlaufen des Luftverkehrs in Deutschland liegt nach der COVID-19-Pandemie noch immer hinter dem europäischen Durchschnitt, was, so der Bundesrat in der Begründung für die zeitliche Verschiebung der Erhöhung, vor allem auf die hohen hoheitlichen Standortkosten zurückzuführen sei. Diese umfassen neben den Luftsicherheitsgebühren noch Gebühren für die Flugsicherung sowie die Luftverkehrssteuer. Diese Situation würde sich weiter verschärfen, so das Argument der Länder, sofern die von der Bundesregierung vorgesehene Anhebung des Gebührendeckels für die Luftsicherheitskontrollen je nach Standort um bis zu 50 Prozent bereits ab dem 1. Februar 2024 umgesetzt würde. Zu diesem Tagesordnungspunkt sprach der Hessische Wirtschaftsminister Tarek Al-Wazir im Bundesratsplenum.

>>> [zum Video](#)

Die Hessische Landesvertretung - ein Treffpunkt in Berlin

„Zuerst Mensch!“ – 30 Jahre Kronberg Academy Konzert in der Vorweihnachtszeit

13. Dezember 2023

„Zuerst Mensch!“, so lautete das Motto des diesjährigen Kronberg Festivals zum 30-jährigen Bestehen der Kronberg Academy im Taunus. Vor dem Hintergrund dieses Jubiläums lud die Hessische Europaministerin Lucia Puttrich zu einem Kammerkonzert in die Hessische Landesvertretung Berlin ein. Die jungen, hochtalentierten Musiker der Kronberg Academy, wie die Violinistin Claire Wells aus Kalifornien, die Cellistin Anouchka Hack aus Deutschland und der Pianist Itai Navon aus Israel spielten Werke von Johannes Brahms, Nadia Boulanger und Felix Mendelssohn Bartholdy. Eine kurze Einführung über die Kronberg Academy als einen Ort, an dem musikalische Werte gelebt werden und eine neue Generation musikalischer Vorreiter heranwächst, erfolgte durch den künstlerischen Leiter der Kronberg Academy, Prof. Dr. Friedemann Eichhorn. Die gesellschaftliche Relevanz und die integrative Kraft der Musik erlebbar zu machen, sei eines der grundlegenden Anliegen der weltweit renommierten Streicherschmiede. Ihr Leitbild „Verantwortung für Musik, Mensch und Erde“ geht auf den spanischen Cellisten Pablo Casals zurück. Seine Botschaft lautet: Nicht nur für die Musik trägt ein Künstler Verantwortung, sondern auch für seine Mitmenschen und für die Natur.



© HLV Berlin | Simone M. Neumann

>>> [zur Bildergalerie](#)

Auf dem Weg zur "European University of Technology" Potenziale und Herausforderungen der Europäischen Hochschulinitiative

14. Dezember 2023

Die Hochschule Darmstadt hat sich im Rahmen der Europäischen Hochschulallianz „European University of Technology“ (EUt+) der Schaffung einer europäischen Institution verschrieben, in der gemeinsame Studienabschlüsse, flexible Lernwege und vielfältige Mobilitätsformate für junge Europäerinnen und Europäer zur Realität werden. Daher war die Bedeutung der Europäischen Hochschulallianzen für die europäische Integration in dieser Woche das Thema einer Podiumsdiskussion in der HLV Berlin. Zum einen wurden die Chancen und Risiken einer Fusion zu einer Europäischen Hochschule beleuchtet sowie andererseits die dafür notwendigen politischen und rechtlichen Rahmenbedingungen diskutiert. Die Gäste begrüßte Staatssekretärin Ayse Asar aus dem Hessischen Ministerium für Wissenschaft und Kunst. Podiumsteilnehmer waren außerdem Tine Delva, stellvertretende Leitung Hochschulwesen der Generaldirektion für Bildung, Jugend, Sport und Kultur (Europäische Kommission), der Parlamentarische Staatssekretär Dr. Jens Brandenburg (BMBF) sowie Präsident Prof. Dr. Arnd Steinmetz (Hochschule Darmstadt).



© HLV Berlin | Simone M. Neumann

TERMINVORSCHAU

Plenarsitzung des Bundesrates

Der Bundesrat wird am 2. Februar 2024 erneut zusammentreten.

Plenarwoche des Deutschen Bundestags

Die nächste Sitzungswoche des Deutschen Bundestags findet vom 15. bis 19. Januar 2024 statt.

Sollten Sie kein Interesse an unserem Newsletter haben, dann klicken Sie bitte auf folgenden [Abmeldelink](#). Ihre Daten werden danach bei uns gelöscht.

Korrekturen Ihrer Kontaktdaten können Sie gerne an veranstaltungen@lv.hessen.de senden.

Wir speichern auf Basis von Art. 6 Abs. 1 Buchst. e DSGVO Ihre Kontaktdaten, um Ihnen den Informationsdienst der Hessischen Landesvertretung zuzuschicken. Damit Sie diesen Newsletter auch zukünftig erhalten, speichern wir Ihre Daten dauerhaft, solange Sie der Speicherung Ihrer Daten nicht widersprechen.

Sie haben das Recht, von uns Auskunft über die bei uns zu Ihrer Person gespeicherten Daten zu erhalten. Sie können der Speicherung widersprechen und haben das Recht auf Berichtigung, Sperrung/Einschränkung und Löschung Ihrer gespeicherten Daten.

Verantwortlich für die Datenverarbeitung ist die Hessische Landesvertretung, In den Ministergärten 5, 10117 Berlin, datenschutzbeauftragter@lv.hessen.de.

Sie können sich über die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten bei der zuständigen Aufsichtsbehörde beschweren. Das ist der Hessische Datenschutzbeauftragte, Gustav-Stresemann-Ring 1, 65189 Wiesbaden.

Bildnachweise Banner ©Henning Schacht (3. v.l.), ©Bundesrat | Sascha Radke (2.v.l.), ©Simone M. Neumann (5. v.l.) ©

Hessische Landesvertretung
In den Ministergärten 5
10117 Berlin